

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 19.02.2019
Sitzung Nummer:	46 (OULA/46/2019)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:22 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Uwe Klemm
Vorsitzender

Alessa Stobinski
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Uwe Klemm

Mitglieder

Frau Susanne Bohlander

anwesend bis 18.20 Uhr

Herr Peter Krüger

Herr Bodo Ladwig

Herr Torsten Müller

Herr Marcus Schreiber

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Peter Neuhäuser

Frau Ines Pagels

Herr Manfred Schulz

Herr Armin Wernicke

von der Verwaltung

Herr Stefan Feder

Herr Dr. Denis Gruber

Frau Anja Krüger

Abwesend:

Mitglieder

Herr Wolfgang Kühnel

sachkundige Einwohner

Herr Steffen Buddy

entschuldigt

Herr Marcus Schober

von der Verwaltung

Herr Sebastian Stoll

entschuldigt

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz sowie der Beschlussfähigkeit
 - 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
 - 4 Einwohnerfragestunde
 - 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 45. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz vom 22.01.2019
 - 6 Klimaschutzkonzept im Landkreis Stendal
Vorlage: 572/2018
 - 7 NATURA 2000 - Informationen zum Abwägungsverfahren
Berichterstatter: Herr Feder
 - 8 Anfragen und Anregungen
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Klemm, Vorsitzender des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz, eröffnet die 46. Sitzung des Fachausschusses. Er begrüßt die Kreistagsmitglieder und sachkundigen Einwohner, die Vertreter der Presse, die Damen und Herren der Verwaltung sowie die anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es fehlt Herr Wolfgang Kühnel. Weiterhin fehlen die sachkundigen Einwohner Steffen Buddy (entschuldigt) und Herr Schober.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Klemm bittet darum einen weiteren Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil aufzunehmen. Es geht um die Feststellung der Niederschrift der 44. Sitzung vom 04.12.2018.

Da in der Sitzung vom 22.01.2019 der nichtöffentliche Teil weggefallen ist, muss dies nachgeholt werden.

Dieser Bitte stimmt der Ausschuss zu.

zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Da es keine Anfragen gibt, schließt Herr Klemm diesen Tagesordnungspunkt.

zu TOP 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 45. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz vom 22.01.2019

Frau Bohlander bittet um einige Ergänzungen in der Niederschrift und stellt diese vor.

Herr Dr. Gruber entgegnet, dass letztendlich das gesprochene Wort gilt. Dies wird noch einmal von der Verwaltung geprüft.

Nach Prüfung der Verwaltung werden folgende Änderungen aufgenommen:

Tagesordnungspunkt 3

Alte Version:

Frau Dr. Paschke bittet darum, dass bei Erstellung der nächsten Tagesordnung darauf geachtet wird, alles vollständig aufzunehmen.

Neue Version:

Frau Dr. Paschke merkt an, dass der Antrag DS 583/2018, welcher Grundlage für die Diskussion ist, nicht auf der Tagesordnung steht. Sie bittet demnächst alle wichtigen Dokumente auf die Tagesordnung zu setzen.

Tagesordnungspunkt 6

Alte Version:

Frau Bohlander möchte wissen, ob Zwischenfragen gestellt werden können.

Herr Arnold schlägt vor, die Fragen am Ende zu stellen. In den letzten Wochen hat sich heraus kristallisiert, welche Probleme und Fragen bei den Bürgern aufgekommen sind. In der Präsentation und in dem Vortrag versucht 50 Hertz soweit es geht diese Fragen zu beantworten.

Neue Version:

Frau Bohlander möchte wissen, ob Zwischenfragen gestellt werden können.

Herr Klemm bittet darum, die Firma 50 Hertz erst ihren Vortrag vorzustellen. Im Anschluss daran können Fragen gestellt werden.

Frau Bohlander würde es sinnvoller finden, bei einem solch komplexen Thema, Zwischenfragen zuzulassen.

Herr Arnold schlägt vor, die Fragen nach dem Vortrag zu stellen. In den letzten Wochen hat sich heraus kristallisiert, welche Probleme und Fragen bei den Bürgern aufgekommen sind. In der Präsentation und in dem Vortrag versucht 50 Hertz soweit es geht diese Fragen zu beantworten.

Tagesordnungspunkt 6

Alte Version:

Herr Müller fragt, ob die Bahnstrecke zwischen Losenrade und Seehausen auf der 380 kV-Leitung laufen soll?

Neue Version:

Herr Müller fragt, ob die Trasse der Bahn zwischen Losenrade und Seehausen auf der 380 kV-Leitung laufen soll?

Die Niederschrift der 45. Sitzung wird mit den oben genannten Änderungen festgestellt.

zu TOP 6 Klimaschutzkonzept im Landkreis Stendal
Vorlage: 572/2018

Frau Krüger stellt anhand einer vorbereiteten Power-Point-Präsentation das Klimaschutzkonzept des Landkreises vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 6 im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Herr Schulz findet die Idee des Klimaschutzmanagers gut. Man sollte sich allerdings die Frage stellen, welche Befugnisse ihm übertragen werden und wem er untersteht. Der Manager müsste in der Haushaltsplanung Mitspracherecht erhalten.

Frau Krüger antwortet, dass der Klimaschutzmanager in dem Bereich der Wirtschaftsförderung angegliedert werden soll. Gerade in diesem Bereich werden viele Fördermittel beantragt. Hauptsächlich soll er als Unterstützer dienen. Eine Stellenbeschreibung wurde noch nicht angefertigt. Der Plan ist es noch dieses Jahr die Fördermittel zu beantragen und auch zu erhalten, damit ein Klimaschutzmanager eingestellt werden kann.

Herr Schulz denkt nicht, dass es förderlich ist, den Manager in der Wirtschaftsförderung unterzubringen. Dies sollte noch einmal überdacht werden. Seine Ideen müssen in den Planungen der Fachämter wiederzufinden sein und dafür benötigt er bestimmte Befugnisse.

Frau Krüger stimmt dem zu. Der Klimaschutzmanager muss konkret mit den einzelnen Fachämtern zusammenarbeiten.

Herr Klemm merkt an, dass diese Befugnisse von dem Personalamt und dem Landrat in der Stellenbeschreibung ausgearbeitet werden. Zu gegebener Zeit werden sicherlich die Befugnisse und Aufgaben noch einmal diskutiert. Mit der heutigen Zustimmung, werden zunächst Fördermittel beantragt, die eine Einstellung überhaupt ermöglichen.

Frau Bohlander fragt, ob es sich um eine 100%-ige Förderung durch den Bund handelt. In der Zeitung habe sie gelesen, dass lediglich 65% der Kosten durch Fördermittel abgedeckt werden. Der Kreis müsste 17.500 € als Eigenanteil aufbringen.

Frau Krüger ist diese Verfahrensweise nicht bekannt.

Herr Müller fragt, ob der Klimaschutzmanager auch Ansprechpartner für Privatpersonen wird.

Dem stimmt Frau Krüger zu.

Frau Bohlander findet es gut, dass diese Förderung vom Bund durch den Landkreis genutzt wird. Es besteht eine Frage zur Maßnahme „Rufbus“ (Seite 55). Diese Maßnahme soll für Akzeptanzsteigerung im ÖPNV werben. Allerdings würde ich mir wünschen, dass der Klimaschutzmanager eine Maßnahme startet, welche die Nachfrage zum ÖPNV steigert. Die Bürger müssen weiterhin auf die öffentlichen Verkehrsmittel aufmerksam gemacht werden. Dadurch könnte man auch Leerfahrten der Busse verhindern.

Herr Schulz macht deutlich, dass der Klimaschutzmanager eine solche Aufgabe, allein vom zeitlichen Volumen, nicht ausüben kann.

Herr Krüger ist im ÖPNV tätig. Er merkt an, dass man sehr bestrebt ist, umweltfreundlich zu fahren. Da es einen kombinierten Schüler-Linien-Verkehr gibt, sind morgens und auch nachmittags die Busse voll. Viele Pendler können die Busse nicht nutzen, da sie bereits sehr früh zur Arbeit aufbrechen. Wenn man versucht diese Linie ebenfalls mit abzudecken, entstehen am Tag 3 Schichten und die Mitarbeiter sind noch länger unterwegs. Der Rufbusbereich wird gerade in den Ferien genutzt, da es in dieser Zeit nicht notwendig ist, mit den großen Bussen zu fahren. Besonders ältere Leute auf den Dörfern nehmen dieses Angebot selten an. In Tangerhütte konnte man allerdings schon eine Steigerung der Nutzung von 20-30% feststellen.

Herr Schulz wünscht sich, dass Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept heraus etabliert werden.

Herr Dr. Gruber stellt fest, dass die Beschlussvorlage mit dem Klimaschutzkonzept keine endgültige Auflistung der Projekte darstellt. Durch den Klimaschutzmanager sollen neue Projekte eingebracht und entwickelt werden.

Frau Bohlander fragt, ob die Möglichkeit besteht, die Projekttitel zu ergänzen.

Herr Dr. Gruber erklärt, dass die aufgelisteten Projekte nur Beispiele aus den einzelnen Fachämtern oder der Energieagentur sind. Die endgültigen Projekte und die Entscheidungen, ob sie überhaupt durchsetzbar sind, liegen beim Klimaschutzmanager.

Herr Klemm ergänzt, dass jederzeit Projekte eingebracht werden können. Man beschließt mit der Vorlage nicht die Maßnahmen sondern das Konzept, damit Fördermittel beantragt werden können.

Frau Krüger erläutert, dass es die Idee gibt, zum Teilprojekt 2 – Controlling, einen Beirat zu bilden (Mitarbeiter der Verwaltung, Kreistagsmitglieder,...). Dieser Beirat soll neue Projekte einbringen und abwägen.

Da es keine weiteren Fragen gibt, stellt der Vorsitzende die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 7 NATURA 2000 - Informationen zum Abwägungsverfahren
Berichterstatter: Herr Feder

Herr Feder stellt den Vergleich anhand einer vorbereiteten Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 7 im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt. In der Präsentation wird nur der allgemeine Teil vorgestellt. Die Ausschussmitglieder erhalten mit dem Protokoll den gesamten Vergleich der Stellungnahme zum Verordnungstext.

Frau Bohlander bemängelt, dass die Präsentation nicht lesbar war. Es wäre viel besser gewesen, wenn diese mit den Sitzungsunterlagen den Ausschussmitgliedern zugegangen wäre.

Herr Klemm erklärt, dass es sich hierbei lediglich um Informationen der Verwaltung handelt. Man wollte darstellen, inwieweit die Stellungnahme des Landkreises berücksichtigt wurde. Da es sich um eine Mitteilungsvorlage handelt, muss am Ende auch keine Abstimmung erfolgen.

Herr Dr. Neuhäuser informiert, dass die Verordnung nach einem Jahr noch einmal angepasst werden soll bzw. angepasst werden muss. Zudem laufen auch verschiedenste Rechtsverfahren. Man kann davon ausgehen, dass es nach einem Jahr Novellierungen geben wird.

Herr Klemm erläutert, dass die Verordnung auf den Weg gebracht wurde, dies aber allerdings am Menschen vorbei geschehen ist. Für einen Bürger ist es unverständlich, was auf den über 800 Seiten der Verordnung gefordert wird. Viele Sachen werden sich mit der Natura 2000- Verordnung nicht verbessern. Im Gegensatz sie werden sich verschlechtern.

Herr Müller sieht dabei das langfristig erklärte Ziel, die Menschen aus diesen Regionen zu vertreiben und zu enteignen. Sollte dies tatsächlich das gewünschte Ziel sein, so ist es hier die absolut falsche Politik.

Das die Verordnung nicht förderlich für die Schutzgebiete ist, stellt Herr Klemm fest. Die Ursachen für den Rückgang der Tierarten werden durch die Verordnung nicht aufgehalten.

Herr Dr. Neuhäuser erzählt, dass gegen Deutschland Vertragsverletzungsverfahren vorliegen, da Deutschland die Forderungen der Brüsseler Richtlinien nicht umsetzt. Dabei treibt Deutschland solche Richtlinien stark voran.

Herr Klemm kommt nun zurück zur Präsentation. In der nächsten Zeit wird sich zeigen, in wie weit die einzelnen Bereichen (Landwirte, Angler, Jäger, Camping, Wasserwirtschaft,...) betroffen sind.

Herr Feder erläutert, dass Ordnungswidrigkeiten oder Bußgelder für ein Jahr nicht verhängt werden. Durch das Landesverwaltungsamt wird noch eine Handlungsrichtlinie erstellt. Diese wird dann dem Landeskabinett am 31.03.2019 übergeben.

Herr Müller fragt, ob die bereits vorhandenen Vorranggebiete dem System angepasst werden.

Herr Feder erklärt, dass die LSG-Verordnung bestehen bleibt. Diese Verordnung wurde integriert. Die Naturschutzgebiete wurden übernommen und müssen überarbeitet werden. Das sollen die zwei Mitarbeiter vom Landesverwaltungsamt tun.

Herr Dr. Neuhäuser möchte wissen, ob es Änderungen bei den sensiblen Uferbereichen gibt.

Herr Feder antwortet, dass es einige Änderungen gab. Diese kann man auf der interaktiven Karte des Landesverwaltungsamtes einsehen.

Weitere Fragen gibt es nicht.

zu TOP 8 Anfragen und Anregungen

Frau Bohlander stellt eine Frage zur letzten Ausschusssitzung.

In der Sitzung vom 22.01.2019 in Seehausen wurde unter Tagesordnungspunkt 3 erklärt, dass die Stellungnahme des Landkreises zur 380 kV-Leitung ergänzend zum Tagesordnungspunkt 6 vorgestellt wird. Dies ist dann allerdings nicht geschehen. Warum ist dies nicht geschehen?

Herr Dr. Gruber erklärt, dass es nicht vorgesehen war, die Stellungnahme in Gänze vorzustellen. Diese lag Ihnen bereits vor. Fragen zur Stellungnahme hätten unter Tagesordnungspunkt 6 von den zuständigen Amtsleitern beantwortet werden können.

Frau Bohlander findet es äußerst bedauerlich, dass die Stellungnahme entgegen der Ankündigung nicht noch einmal vorgestellt wurde. Die Sitzung wurde nach Seehausen verlegt, um die Bürger zur 380 kV – Leitung zu informieren.

Herr Dr. Gruber antwortet, dass mit dem Ausschussvorsitzenden festgelegt wurde, die Ausschusssitzung nach Seehausen zu verlegen, da dort die größte Betroffenheit herrscht. Der Landkreis ist nicht dazu in der Lage eine Informationsveranstaltung zu dem Thema zu veranstalten, da er weder Bauausführender noch Träger des Vorhabens ist. Der Landkreis ist lediglich Träger öffentlicher Belange und hat eine Stellungnahme der einzelnen Fachämter gebündelt und abgegeben. Im Tenor hieß es, dass sich der Landkreis für die Verlegung von Erdkabeln einsetzt.

Den Ausschussmitgliedern war die Möglichkeit gegeben, Fragen zu stellen.

Frau Bohlander erwidert, dass die Ausschussmitglieder keine Fragen hatten, aber die Bürger.

Herr Dr. Gruber macht klar, dass die Einwohner im Rahmen der Einwohnerfragestunde die Möglichkeit haben ihre Fragen zu stellen. Das Thema der gestellten Frage, darf sich nicht auf ein Thema der Tagesordnung beziehen. So lautet die Geschäftsordnung.

Herr Klemm ergänzt, dass es auch zeitlich nicht möglich ist, alle Stellungnahmen des Landkreises vorzustellen.

Herr Dr. Neuhäuser fügt hinzu, dass durch öffentliche Diskussion auch in das laufende Verfahren eingegriffen wird.

Herr Wernicke merkt an, dass es ungünstig ist, dass Bürger zu Themen auf der Tagesordnung keine Fragen stellen können. Dort sollte man sich um eine andere Regelung bemühen.

Frau Bohlander erklärt, dass es im Anschluss der Sitzung eine Fragerunde mit der Firma 50 Hertz gab. Es war leider so, dass die Ausschussmitglieder nicht an dieser Fragerunde teilgenommen haben.

Zudem möchte Frau Bohlander wissen, was der Unterschied zwischen der Stellungnahme zur Natura 2000-Verordnung und der Stellungnahme zur 380 kV-Leitung ist.

Herr Feder erklärt, dass der Landkreis in beiden Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange beteiligt wurde. Bei der 380 kV-Leitung handelt es sich um ein Planfeststellungsverfahren.

Herr Klemm ergänzt, dass das Planfeststellungsverfahren über das Landesverwaltungsamt geht.

Herr Feder merkt an, dass die Planfeststellungsbehörde abwägt, welche Dinge aus der Stellungnahme berücksichtigt werden.

Herr Müller fragt, ob der Landkreis die Möglichkeit hat darauf einzuwirken, die Bahntrasse und die 380 kV-Leitung zu koppeln (auf eine Trasse zu bringen). Derzeit laufen noch zwei Trassen separat nebeneinander.

Herr Feder hat die Information, dass die Firma 50 Hertz aus wirtschaftlichen Gründen dieser Vorstellung teilweise widersprochen hat. Streckenweise wird es allerdings gemacht.

Es gibt keine weiteren Anfragen, sodass der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung schließt.